

Stadtverordnete Christiane Loizides, CDU:

Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren!

Wachsende, soziale Unterschiede sind in Deutschland eine Vision, die zu Unbehagen führt. Das ist die Erkenntnis einer vom Allensbacher Institut durchgeführten Untersuchung, deren Ergebnis kürzlich veröffentlicht wurde. Die große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland, 74 Prozent, hält dementsprechend große soziale Unterschiede für einen gesellschaftlichen Risikofaktor. Glücklicherweise steigt der Kreis derjenigen, die meinen, dass ihre wirtschaftliche Situation sich in den letzten Jahren verbessert hat, zurzeit in allen Bevölkerungsteilen an.

Das Bild einer sozialen und solidarischen Gesellschaft wird wesentlich geprägt von der Einkommenssituation ihrer Mitglieder. Dementsprechend erwarten fast 70 Prozent quer durch alle Schichten vom Staat, dass er sich um eine gute Entwicklung der Gesellschaft kümmert. Dafür ist die Stadt Frankfurt am Main geradezu ein Musterbeispiel. Dass wir die Einnahmen aus der Gewerbesteuer benötigen, um auf eine sozialgerechte und solidarische Stadtgesellschaft hinzuwirken, ist unbestritten. Strittig ist dagegen, wie wir diese Quelle zum Sprudeln bringen können.

Warum entwickeln sich die Gewerbesteuereinnahmen so erfreulich positiv in Frankfurt? Weil sich die Stadtregierung um die Belange der verschiedenen Player im Konzert der Teilnehmer am Wirtschaftsgeschehen kümmert. So hat sich der Wirtschaftsstandort Frankfurt zum Erfolgsmodell entwickelt. Die schwarz-grüne Koalition arbeitet in dieser grundlegenden kommunalen Querschnittsdisziplin dezernatsübergreifend und sachlich kompetent am Ziel einer diversifizierten Angebotspalette, sowohl was die Bereitstellung von guten Rahmenbedingungen für Gewerbetreibende betrifft als auch für die Schaffung der für das eingangs zitierte Gesellschaftsmodell erforderlichen Arbeitsplätze.

Motor des wirtschaftlichen Erfolgs ist das von der CDU geführte Wirtschaftsdezernat. Stadtrat Frank ist am Wirtschaftsstandort präsent und am Wohlergehen der Industrie ebenso interessiert wie an dem Wohlergehen der Finanzwirtschaft, der Handwerksbetriebe, des Einzelhandels und der Hotel- und Gaststättenbranche sowie der Kreativwirtschaft. Er muss nicht angetrieben werden, er ist selbst aktiv und schneller vor Ort, wenn Arbeitsplätze in unserer Stadt in Gefahr sind, als manche Kollegen im Wirtschaftsausschuss nachfragen können.

Die Vernetztheit der Handlungsfelder, die zu bearbeiten sind, können Sie dem Bericht zum Wirtschaftsstandort Frankfurt, B 36, klar entnehmen. Frankfurt ist ein starker Industriestandort. Ja, die Industrie steht für Innovation und Wirtschaftskraft. 45 Prozent der Einnahmen aus der Gewerbesteuer 2013 stammen aus diesem Sektor. Aber der Flächenbedarf und die Energiesicherheit sind drängende Probleme. Im Zuge der digitalen Revolution, der Vision von der Industrie 4.0, erwartet uns eine intelligente, vernetzte und flexible Produktionsweise. Frankfurt will für die Industrie attraktiv bleiben.

Die städtischen Akteure arbeiten daher unter Einbindung aller Beteiligten, Arbeitnehmer- wie Arbeitgebervertretung, IHK, Regionalverbände und Unternehmen an einer Gesamtstrategie, dem Masterplan Industrie, einem bundesweiten richtungsweisenden Projekt. Damit soll nach dem Willen der CDU-Fraktion sozialer Frieden und wirtschaftliche Rentabilität am Standort in Einklang gebracht werden.

(Beifall)

Die ganzheitliche Umsetzung von Stadtstrategien nebst Erschaffung der dafür notwendigen schlagkräftigen Strukturen in der im April 2013 gegründeten Zukunftsinitiative Metropolregion-Infrastruktur Frankfurt wird von der CDU-Fraktion ausdrücklich begrüßt. Sie stellt neben der Industriestudie einen wichtigen Baustein auf dem Weg zum Masterplan Industrie dar. Das räumlich funktionale Entwicklungskonzept zur Vermeidung von Konflikten zwischen unterschiedlichen Nutzungsanforderungen und Auswirkungen wird von uns mit Spannung erwartet. Die CDU-Fraktion unterstützt dabei das Anliegen des verarbeitenden Gewerbes nach der Bereitstellung von Erweiterungsflächen, auch außerhalb von Industrieparks. Unternehmerisches Wachstum muss unter unterschiedlichen infrastrukturellen Bedingungen möglich sein. Nicht jeder Betrieb, insbesondere im Mittelstand, benötigt infrastrukturellen Höchstaufwand, um rentabel zu expandieren.

Auch das Handwerk steht im Fokus unserer Wirtschaftspolitik. Das Entwicklungsprogramm Frankfurter Handwerk ist auf eine langfristige Entwicklung unter Einbindung neuer Technologien im Zuge der Bewältigung der Energiewende ausgerichtet. Das Thema Fachkräftesicherung wird zur strategischen Daueraufgabe für große und kleine Unternehmen. Die CDU-Fraktion unterstützt hier die Entwicklung und Nutzung eigener Potenziale. So wird die Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit über Kooperationsmodelle zur Förderung von Betriebskindergärten ausdrücklich von uns begrüßt.

Potenziale von Personen mit Migrationshintergrund sowie Lebensälteren und Erst- oder Wiedereinsteigern in das Berufsleben werden zu Recht vom schwarz-grünen Magistrat gefördert. Die Rolle Frankfurts als Internethauptstadt erfordert weiterhin unsere Unterstützung.

(Beifall)

Der Internetknoten Frankfurt sichert Arbeitsplätze in allen Branchen. Aus dem Jahresbericht geht aber auch die Sorge über die für den Internetknoten existenzielle Verfügbarkeit von sicherem und bezahlbarem Strom hervor. Hier sehen wir noch Handlungsbedarf. Existenzgründungen werden in Frankfurt erfolgreich unterstützt. Frankfurt konkurriert mit der Bundeshauptstadt um Platz eins des Gründerindex und auch kreative Leistungen werden immer bedeutsamer. Mit einem Anteil von 7,9 Prozent an kreativwirtschaftlichen Unternehmen zählt Frankfurt zu den kreativen Topstandorten in Deutschland.

Auch der Tourismus spielt als Wirtschaftsfaktor eine immer bedeutsamere Rolle. Die Systemrelevanz des Frankfurter Flughafens, Drehkreuz mit circa 300 Zielen in über 100 Ländern, wird nach alledem zu Recht im Jahresbericht als unabdingbar für die erfolgreich arbeitende Wirtschaft hervorgehoben. Insgesamt, meine Damen und Herren, ist die Wirtschaft in Frankfurt dank des unternehmerischen Geistes und der Schaffensfreude der unterschiedlichen Akteure sowie der klugen Unterstützung des schwarz-grünen Magistrats so breit aufgestellt, dass sie die globale Krise erfolgreich bewältigen konnte. Im Hinblick auf die Zielsetzung einer sozialen und solidarischen Gesellschaft besteht unter diesen Bedingungen derzeit nicht die Gefahr der Abhängigkeit von einem Unternehmen oder einer Branche.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Ulrich Baier:**

Einen Moment bitte. Kann das Grundrauschen bei der SPD-Fraktion, der GRÜNE-Fraktion und der CDU-Fraktion etwas gedämpft werden? Frau Loizides, Sie haben das Wort.

Stadtverordnete Christiane Loizides, CDU:
(fortfahrend)

Danke! Der Gewerbesteuersatz ist offensichtlich gut justiert.

(Beifall)

Die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes, wie in den Umlandgemeinden kürzlich mehrfach angekündigt, kann aus der Sicht der Stadt Frankfurt am Main kein zielführendes Signal sein, um Unternehmen zu halten oder nach Frankfurt zu locken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)